Nr. 600. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 22. Dezember 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 22. Dezember. Das Weihnachtsfest wird die Kaiserfamilie, wie schon in den letzten Jahren, im Neuen Palais begehen; die Kaiserin konnte man in den letzten Tagen häufiger in Berlin auf ihren Einkaufswanderungen sehen. Die Kaiserin liebt es, für die Familie und für ihre unmittelbare Umgebung möglichst selbst zu wählen, ja sie erscheint nicht selten unangemeldet in einzelnen Geschäften, in denen oft die Verkäufer in nicht geringe Verlegenheit durch die eingehende Sachkenntniß versetzt werden, mit der sie jeden Gegenstand besichtigt und prüft.

— Wie das sozialdemokratische Organ in Köln meldet, hat eine dort am 10. d. Mts. abgehaltene Parteiversammlung den Genossen Lücke wegen seines „die Ehre der Partei schädigenden Verhaltens" aus der Partei ausgeschlossen. Lücke, welcher wiederholt Reichstagskandidat für Köln gewesen, hat auch Mitte der achtziger Jahre in Berlin eine hervorragende Rolle in der Partei gespielt. Längere Zeit hindurch war er der erste Führer der Gewerkschaftsbewegung.

— Wie unsere Leser wissen, hatte Griechenland seinen Gläubigern für die in den Jahren 1881 und 1884 aufgenommenen Anleihen besondere Pfänder gegeben und speziell für die sogenannte Monopolanleihe vom Jahre 1887 die Salz-, Petroleum-, Spielkartenstempel- 2c. Einnahmen verpfändet resp. der Monopolgesellschaft zur direkten Verwaltung überwiesen. Jetzt hat der griechische Ministerpräsident Trikupis ein Gesetz in der Kammer durchgedrückt, wonach jene Pfänder der Staatskasse zufallen und die Gläubiger das Nachsehen haben. Ein derartiges Vorgehen ist bisher ohne Gleichen, selbst in den südamerikanischen Staaten, die doch an eine gewisse Skrupellosigkeit im Umgang mit Gläubigern bereits gewöhnt haben. Daß das Ansehen des griechischen Ministerpräsidenten Trikupis bei den Mächten durch ein solches Vorgehen nicht gerade erhöht wird, braucht kaum besonders gesagt zu werden, und sicherlich werden die Mächte nach einem gemeinschaftlichen Protest Mittel finden, um das Verfahren Trikupis' unwirksam zu machen. Das Urtheil über das Vorgehen des griechischen Ministerpräsidenten würde gelinder sein, wenn Trikupis den Versuch gemacht hätte, einen Ausgleich herbeizuführen, und wenn er während des Moratoriums für die Sicherstellung der Gläubiger dadurch gesorgt hätte, daß er die Pfänder, soweit sie die Monopolgesellschaft betreffen, dieser überlassen und die übrigen sicheren Bankiers für die Gläubiger zur Verfügung gestellt hätte. Es ist bezeichnend für das Vorgehen des Ministers Trikupis, daß er die privilegirten Anleihen mit der nicht garantirten Anleihe vom Jahre 1889 auf gleichem Fuß behandelt hat. (B. B.-C.)

— Der Erlaß vom 4. Januar 1882, auf welchen der Minister des Innern in seiner, in letzter Nummer d. Bl. mitgetheilten Verfügung hingewiesen, hat folgenden Wortlaut:

„Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben; die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wenn dies auch vor Erlaß der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließung sie hervorgehen, der seine Willensmeinung durch sie verfassungsmäßig ausdrückt. — Es ist deshalb nicht zuläßig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen Rechte des Königs, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie für den dafür verantwortlichen Ministern und nicht vom Könige selbst ausginge. — Die Verfassung Preußens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition dieses Landes, dessen Entwicklung auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruht. Diese Beziehungen lassen sich auf die vom Könige ernannten Minister nicht übertragen, denn sie knüpfen sich an die Person des Königs. Ihre Erhaltung ist eine staatliche Nothwendigkeit für Preußen. — Es ist deshalb mein Wille, daß sowohl in Preußen wie in den gesetzgebenden Körpern des Reiches über mein und meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preußen jederzeit bestandene, durch Artikel 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit der Person des Königs oder die Nothwendigkeit der verantwortlichen Gegenzeichnung meinen Regierungsakten die Natur selbstständiger königlicher Entschließungen benommen hätte. — Es ist die Aufgabe meiner Minister, meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrungen gegen Zweifel und Verdunklung zu vertreten; ein gleiches erwarte ich von allen Beamten, welche mir den Amtseid geleistet haben. — Es liegt mir fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetze enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf die Vertretung der Politik meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde ich mit Dank anerkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblicke auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten."

— Zu der neulich mitgetheilten Antwort des auf eine Eingabe, betr. die Offiziers- und Beamten-Waarenhäuser, bemerkt die „Konservative Korrespondenz": „Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß die deutsche Detailhändlerschaft ebenso wenig wie das deutsche Handwerk mit diesen Prinzipien einverstanden ist. Die „neutrale" Stellungnahme der Zentralbehörde zu Instituten, die überaus schädigend auf den gewerblichen Mittelstand einwirken, genügt absolut nicht. Zunächst ist doch wohl die Frage, ob die Gründung solcher Waarenhäuser überhaupt nothwendig war, zu verneinen. Gerade in der heutigen Zeit sollte vielmehr allen Absonderungen der Beamtenschaft und des Offizier-Korps auf gewerblichem Gebiete entschieden entgegen gearbeitet werden. Der gemeinsame Betrieb solcher Waarenhäuser bedeutet doch im Großen und Ganzen nichts weiter als eine Konzession an den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Wenn in solcher Weise alle anderen Berufsstände — die Aerzte fangen ja auch schon an! — sich organisiren wollten, so wäre der Kleinhandel und das Handwerk total ruinirt und die „Vergesellschaftlichung" der Betriebe gar nicht mehr aufzuhalten. Statt also „neutral" zuzusehen, wie immer mehr steuerkräftige Einzelexistenzen verschwinden und im sozialdemokratischen Revolutionsbrei untergehen, sollte die Reichsregierung sich zu einem Schritt ermannen und wenigstens — gleich der königlich baierischen Regierung — eine klar ablehnende Haltung gegen diese sozialisirenden Vereinigungen einnehmen."

— Dem Prinzregenten Luitpold von Baiern widmet zum fünfzigjährigen Generals-Jubiläum das „Militär-Wochenblatt" folgenden Artikel:

„Am 15. Dezember d. J. sind es fünfzig Jahre, daß Seine königliche Hoheit Prinz Luitpold von Baiern, des Königreichs Baiern Verweser, der baierischen Armee im Status der Generalität angehört. Zu seinem vierzehnten Geburtstagsfeste, am 12. März 1835, von weiland des Königs Ludwig I. Majestät zum Hauptmann ernannt, erhielt der Prinz am 1. November 1839 die Oberstinhaberschaft des ersten Feldartillerie-Regiments, dessen Garnison dazumal in München und Augsburg war. Vorher, nach erlangter Majorennität, machte der Prinz, damaliger Sitte entsprechend, die ersten Wachen als Gemeiner, Bombardier, Korporal, Feuerwerker in München und Schloß Grünwald und widmete sich alsdann der vollen militärischen Dienstleistung als Offizier und Hauptmann. Als der dritte Sohn des Königs Ludwig I. ward Seine königliche Hoheit vorweg für die militärische Laufbahn bestimmt und die Personalnachrichten aus jener Zeit erweisen, daß der Prinz mit großem Eifer und unermüdlicher Pflichterfüllung bei den Truppentheilen der Münchener Garnison, in dem großen Armeelager bei Augsburg 1840, am Lechfelde, Dienst that und vornehmlich als Oberst anstrengenden militärischen Obliegenheiten nachkam. Im Jahre 1843 verlobte sich der Prinz auf einer Reise in Italien mit des Großherzogs von Toskana Tochter, Prinzessin Erzherzogin Augusta; er erweiterte hierauf seine Reise nach Spanien und Frankreich, und dort, auf der Rückreise von Barcelona nach München, traf ihn die Nachricht seiner Beförderung zum Generalmajor und Brigadier in der 1. Armeedivision (in der heutigen 1. baierischen Infanteriebrigade). Des Prinzen besonderes Interesse und Studium war zwar alle Zeit auf die Disziplinen der artilleristischen Waffengattung gerichtet und er gewann lebhaften Einfluß auf die Entwickelung und Stellung des Artilleriewesens, das vor 30 bis 50 Jahren in recht bescheidenen Formationen in Baiern bestand. Damit wurden jedoch die anderen Waffengattungen keineswegs vernachläßigt und mit außergewöhnlicher Hingabe oblag der Prinz seiner Brigadierstellung. Am 21. März 1848 bestieg König Max II. den baierischen Thron; einer seiner ersten Regierungsakte war der Armeebefehl vom 31. März, der eine weitgehende „Verjüngung" im Offizier-Korps der Armee bedeutete. Der königliche Bruder ernannte den Prinzen zum Artillerie-Korpskommandanten unter Beförderung zum Generallieutenant, womit der Prinz an die Spitze seiner Lieblingswaffe in Baiern trat. Der 6. Juni 1861 brachte dem Prinzen Luitpold die Ernennung zum Feldzeugmeister bei der Inspektion der Armee und hier wie in den der Inspektion unterstellten Berathungskommissionen vertrat der Prinz die artilleristische Waffe, welche inzwischen, der Bedeutung dieser Waffengattung in den modernen Armeen entsprechend, auf den Einfluß des Feldzeugmeisters hin ebenso numerisch vermehrt als zweckentsprechend organisirt ward.

Als Feldzeugmeister (General) kommandirte der Prinz in dem Feldzuge 1866 die später in Aktion getretene Reservearmee, nachdem er zuvor dem Hauptquartiere und Oberstkommandirenden, Prinzen Karl, attachirt war. Als Feldzeugmeister war der Prinz aber auch während des Feldzuges 1870—71 im großen Hauptquartiere, an der Seite des höchstseligen Kaisers Wilhelm, nicht nur als Vertreter der baierischen Armee und seines Königs, sondern auch für die Einigung Deutschlands, für den Beitritt Baierns in das Reich und die Kaiserproklamation thätig. Häufig in Vertretungsfällen des baierischen Königs im Laufe der Zeit am Berliner Hofe anwesend, wurden ihm bald höchste und hohe Ordensauszeichnungen seitens der weiland Könige Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I., deutschen Kaisers, zu Theil. Das Jahr 1870—71 wurde für den Prinzen ein Jahr mit weiteren Auszeichnungen. Durch die Verleihung der Chefstelle des Magdeburger Artillerie-Regiments ward der Prinz hoch beglückt! Mehr und mehr trat in Baiern der Prinz in den 70er Jahren repräsentativ und politisch-militärisch in den Vordergrund; als ihm König Ludwig II. durch den Generaladjutanten Grafen von Pappenheim 1876 das Ehrenkreuz für vierzigjährige Dienstzeit (unter Doppelrechnung der Kriegsjahre) überreichen ließ, ernannte ihn der königliche Neffe zum General-Feldzeugmeister mit der Bestimmung der Auszeichnungen, wie sie die königlich preußischen Generalobersten (drei Sterne) innehaben. Die Inspektion der Armee, die nach dem Abgang des Prinzen Karl 1866 dem Prinzen oblag, behielt er bei, bis ein trauriges Ereigniß des Prinzen Eingreifen in die Regierung, die Uebernahme der Regentschaft, erheischte, Prinz Luitpold die Generalinspektion der Armee mit dem Oberbefehl über dieselbe (1886) nach Maßgabe der Versailler Verträge vertauschte.

Dem schlichten Wesen des baierischen Regenten entspricht es, daß gewissermaßen für weitere Kreise unvermuthet jetzt von des Prinz-Regenten von Baiern fünfzigjähriger Generalszugehörigkeit geschrieben und gesprochen werden kann. Des hohen Jubilars ungewöhnliche Verdienste um die baierischen Korps, seine Bundestreue als Regent, seine Kapazität als Militär bei dieser Gelegenheit zu schildern, muß hier versagt bleiben. Die große geistige und körperliche Frische des baierischen Regenten läßt die erfreuliche Hoffnung zu, daß dem Regenten noch viele Jahre, zum Besten des Baierlandes zu regieren, die militärischen Verhältnisse weiter zu vervollkommnen, beschieden seien. Und mit dieser Hoffnung beglückwünschen den hohen Jubilar Deutschlands Kaiser und Fürsten, die gesammte Armee und das deutsche Volk!"

— Im Gegensatz zu der auch von uns auszüglich wiedergegebenen Darstellung von buchhändlerischer Seite, worin die Schädlichkeit des Antrags Gröber-Hitze nachgewiesen wurde, nimmt die „Nordd. Allg. Ztg." sich, und zwar in der oberflächlichsten Art, dieses Antrags an. Dagegen schreibt die „Nat.-Lib. Korr.":

Der ganze deutsche Buchhandel, der ohnehin unter der Unlust der heutigen Welt, Bücher zu lesen oder gar zu kaufen, schwer leidet, ist durch einen bereits aus der Session von 1892/93 bekannten und jetzt wieder vorliegenden Antrag des Zentrums in eine sehr gerechtfertigte Erregung gerathen. Dieser Antrag würdigt den ganzen Kolportagebuchhandel, der zum weitaus größten Theil in dem Vertrieb ernster nützlicher Bücher, keineswegs dem von nichtsnutziger Schundwaare besteht, zu einem Geschäft mit dem elendesten Kram herab. Gegen anstößige sittengefährliche Schriften giebt es Abwehrmaßregeln genug, aber diese Feindseligkeit gegen ein ganzes großes ehrbares und für die gesammte Volksbildung unentbehrliches Geschäft, diese Belästigung durch Ueberwachung, Steuern und unwürdige Bedrückungen aller Art übersteigt jedes Maß. Das konnte nur das Zentrum fertig bringen, dessen ganze Bildungsfeindlichkeit sich hier wieder zeigt. Eine in den Zeitungen veröffentlichte buchhändlerische Denkschrift bezeichnet als Folge der Annahme dieses Antrags: „eine bedeutende Herabminderung des Absatzes aller Bücher und Zeitschriften, Einschränkung in der Verlagsthätigkeit und somit eine Schädigung der Interessen aller an der Erzeugung von Büchern und Zeitschriften betheiligten Kreise, also der Schriftsteller, Künstler, Xylographen, Buchdrucker, Schriftgießer, Schriftsetzer, Galvanoplastiker, Buchbinder, Papierfabrikanten, Papierhändler 2c. Da 66 2/3 Proz. der gesammten buchhändlerschen Erzeugnisse durch Kolportage vertrieben werden, würden Tausende von Existenzen vernichtet und andere Tausende geschädigt werden." Roher und plumper und mit so vollendeter Unkenntniß der gewerblichen Verhältnisse und Bedürfnisse ist noch nie eine Partei vorgegangen. Leider findet das Zentrum auch in solchen Bestrebungen, die nicht mehr Auswüchse und Mißbräuche mancher Gewerbebetriebe beseitigen, sondern lediglich aus fanatischem Haß gegen alle Bildung den berechtigtsten Erwerb und die nothwendigsten Kulturmittel schädigen wollen, oft Unterstützung von konservativer Seite, wenigstens von dem rechtesten Flügel dieser Partei. In der Bekämpfung von Ausartungen und Schäden sind wir alle einig, aber dieser Sorte von Freundschaft für das werkthätige Gewerbe muß entschieden entgegengetreten werden; ebenso wie dem leider schon gelungenen Versuch, durch eine übertriebene Strenge der Sonntagsfeier dem Handwerker eine bessere technische Ausbildung in seinem Beruf und einen reellen Geschäftsbetrieb zu erschweren. Das ist keine nützliche Freundschaft für die Handwerker mehr und macht sie weder zu Kirchengängern, noch zu ordentlichen zufriedenen Staatsbürgern, sondern zu etwas ganz Anderem. Zu was, werden die Sozialdemokraten bescheinigen.

— Dem Hofe nahestehende Zentrumsabgeordnete glauben mit Bestimmtheit versichern zu können, daß der Kaiser entschieden gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes sei.

Kiel, 20. Dezember. Der Vizeadmiral Koester ist mittelst kaiserlicher Kabinetsordre von Berlin nach Kiel versetzt. — Durch Verfügung des Oberkommandos der Marine ist der Kapitän-Lieutenant Gercke (Hermann) unter gleichzeitiger Zurückversetzung nach Kiel als 1. Offizier an Bord des Panzerschiffs „Wörth" und der Kapitän-Lieutenant Wallmann zur Inspektion des Torpedowesens kommandirt. — Der Marinepfarrer Heim ist zur Unterstützung des Garnisonpfarrers, Marine-Oberpfarrers Langheld, nach Kiel kommandirt. — Durch kaiserliche Kabinetsordre ist der Admiral à la suite, Kontre-Admiral Frhr. von Senden-Bibran, in eine offene Etatsstelle eingerückt.

Oldenburg, 20. Dezember. Der Landtag hat, wie der „Hann. Kour." erfährt, den Gesetzentwurf über das Beitragsverhältniß zu den Gesammtausgaben des Großherzogthums (Herzogthum Oldenburg 79 Prozent, Fürstenthum Lübeck 14 Prozent, Fürstenthum Birkenfeld 7 Prozent), angenommen, das Budget des Großherzogthums, sowie dasjenige der Fürstenthümer Lübeck und Birkenfeld für 1894—96 genehmigt, sowie zu dem Gesetzentwurf über die Unterstützungsanstalt für die Wittwen und Waisen der evangelischen Volksschullehrer seine Zustimmung gegeben.

Rostock, 20. Dezember. Gestern beging der Senatspräsident beim hiesigen Oberlandesgericht, Bernhard von Maltzahn, Frhr. zu Wartenberg und Penzlin, sein 50jähriges Dienstjubiläum. Aus Anlaß desselben wurden ihm zahlreiche Ehrenbezeugungen zu Theil. Se. k. H. der Großherzog übersandte dem Jubilar sein Bildniß nebst einem huldvollen Glückwunschschreiben. Der Präsident des Gerichtshofes, Wirkl. Geh. Rath Dr. Budde, übermittelte dem Senatspräsidenten von Maltzahn namens des vollzählig erschienenen Richter-Kollegiums die Glückwünsche desselben unter Ueberreichung einer kunstvoll ausgeführten Votivtafel. Um persönlich ihre Glückwünsche auszusprechen, erschienen ferner die Präsidenten der drei großherzoglichen Landgerichte und viele andere hochgestellte Personen und Deputationen.

Neustrelitz, 20. Dezember. Se. k. H. der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ist an einer Erkältung erkrankt und demzufolge seit einigen Tagen bettlägerig. J. k. H. die Frau Großherzogin, die vor einigen Tagen ebenfalls erkrankt war, ist wieder hergestellt. Der Großherzog hat wegen seiner Erkrankung die öffentlichen Weihnachtsbescheerungen abbestellt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Dezember. Der Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky empfing heute den serbischen Sektionschef Milovanovic. Letzterer begiebt sich morgen früh nach Belgrad, um der serbischen Regierung über den Gang und Stand seiner Verhandlungen in Wien zu berichten.

Wien, 20. Dezember. Vorgestern traf der Oberstlandmarschall des Königreiches Böhmen, Fürst Georg Lobkowitz, hier ein, um mit dem gleichfall anwesenden Statthalter von Böhmen, Grafen Thun, und den Ministern über die Haltung der Regierung namentlich in den Fragen des deutsch-böhmischen Ausgleiches im Prager Landtage zu verhandeln. Nachdem noch vor Schluß der Reichsraths-Session zwischen den Ministern Fürst Windischgrätz, Dr. v. Plener, Marquis Bacquehem und dem Fürsten Karl Schwarzenberg jun. eine eingehende Konferenz über die im Prager Landtage zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden, wurden in den letzten Tagen die Besprechungen zwischen den obersten Spitzen der staatlichen und autonomen Verwaltung in Böhmen und den betheiligten Kabinets-Mitgliedern fortgesetzt. Nach den wenigstens zur Zeit in den maßgebenden Kreisen herrschenden Dispositionen ist man entschlossen, in der nächsten Landtagsperiode jeden Anlaß zur Erregung des czechischen Volkes möglichst zu vermeiden. Die im Januar 1890 begonnene Ausgleichsaktion kann daher als gänzlich fallen gelassen betrachtet werden. Selbst die Vorlage für die Errichtung des deutschen Kreisgerichtes in Trautenau dürfte nicht mehr dem Landtage unterbreitet werden. Die Session des böhmischen, wie der übrigen Landtage, soll nicht, wie unter dem Grafen Taaffe, möglichst eingeschränkt werden, sondern mit Rücksicht auf die autonomistischen Gefühle der Polen und Konservativen, den Vertretungen der einzelnen Königreiche und Länder der weiteste Spielraum für ihre Verhandlungen gelassen werden. Darum wird auch der Reichsrath erst zwischen dem 18. und 25. Februar 1894 wieder zusammentreten. — Der Kampf zwischen den Alt- und Jungczechen in Mähren soll trotz der slavischen Gegenkoalition, der beide Parteien gemeinsam angehören, weitergeführt werden. So will es der Führer der jungczechischen Partei in Mähren, Dr. Stransky, der ein solches Verhalten einschlägt, daß man in ihm unwillkürlich den Macher der „Deutschen vereinigten Linken" und der Alliance Israelite vermuthen könnte. Durch die Vereinigung der Jung- und Altczechen mit den Slovenen und Kroaten befürchtet man von dieser Seite eine in politischen, religiösen und selbst auch nationalen Fragen gemäßigtere Haltung der Jungczechen, die der gegenwärtigen Koalition der Regierungsmehrheit gefährlich werden könnte. Es steht inzwischen zu erwarten, daß diese subversiven Tendenzen bei dem Zusammenwirken der czechischen und südslavischen Gruppen des Abgeordnetenhauses baldigst und vollkommen unterdrückt werden, da die Mehrheit auch im jungczechischen Lager sich über die Unmöglichkeit der Fortführung der jetzigen Politik ziemlich klar ist. Bezüglich der Haltung, welche die Ruthenen in der Frage der Stellungnahme zur Regierungs-Koalition einnehmen, kommen Tag für Tag sich widersprechende Nachrichten, aus denen deutlich hervorgeht, daß die Ruthenen zwar sehr gerne der slavischen Gegenkoalition sich anschließen möchten, zugleich aber den von polnischer Seite auf sie auszuübenden Druck fürchten. Es wird daher ein Anschluß der Ruthenen weder an die Koalition noch an die Gegenkoalition stattfinden, doch dürften sich dieselben in den meisten, namentlich nationale Dinge betreffenden Angelegenheiten den übrigen Slaven und nicht den Polen anschließen. — Die Ernennung des Grafen Edmund Attems zum Landeshauptmann von Steiermark hat in den konservativen Kreisen des Landes stark verstimmt, da Graf Attems ein enragirter Liberaler ist. Von konservativer Seite wurde um die Wahl des viel gemäßigteren Grafen Kottulinsky gebeten. Der Führer der deutsch-konservativen Reichsraths-Abgeordneten aus Steiermark, Prälat Karlon, trug sich mit der Hoffnung, zum Landmarschall-Stellvertreter ernannt zu werden. Und darum trat er auch in seinem Blatte, dem „Grazer Volksblatt", so entschieden für die Koalition und das neue Kabinet ein. Allein die slovenischen Abgeordneten aus Steiermark erklärten, in diesem Falle sofort den Hohenwart-Klub zu verlassen, da sie unbedingt ein Anrecht auf den Landmarschall-Stellvertreter-Posten besäßen. — In den katholischen Kreisen des ungarischen Hochadels macht sich eine energische Strömung gegen die von einem Theile des ungarischen Episkopats in der Frage der obligatorischen Zivilehe eingenommene, höchst laue Haltung geltend. Während ein Theil der ungarischen Bischöfe für die entschiedenste Abwehr und einen Appell an die Volksmassen ist, wünscht ein anderer Theil um jeden Preis in Frieden fortzuleben und will sich mit einem akademischen Proteste gegen die Kirchenpolitik der Regierung begnügen.

Italien.

Wie mit den Franzosen, so sucht sich Crispi auch mit dem Vatikan auf einen besseren Fuß zu stellen. Durch die Ernennung des Generals Mocenni, des Bruders des päpstlichen Unterstaatssekretärs Kardinal Mocenni, hat Crispi seine nie ganz abgerissenen nichtoffiziellen Beziehungen zu vatikanischen Kreisen erheblich verstärkt. Kardinal Mocenni gehört gleich Galimberti zu der dreibundfreundlichen Partei im Vatikan, die ein Gegengewicht wider die französische Politik Rampollas bildet. Auf ihren Einfluß ist es wohl zurückzuführen, daß den Redaktionen des „Osserv. Rom." und der „Voce della Verita", die eben erst in leidenschaftlichen Artikeln gegen Crispi losgefahren waren, vom päpstlichen Staatssekretariat die Weisung zugegangen ist, ihre Angriffe gegen den Ministerpräsidenten einzustellen. Hat sich Crispi so nach der vatikanischen Seite hin Rückenfreiheit gesichert, um mit gesammelter Kraft an die Lösung der finanziellen Fragen schreiten zu können, so scheint es ihm gestern auch geglückt zu sein, die im Schoße der Bankfrage lauernden Gefahren für seine Person wenigstens vorläufig unschädlich zu machen. Der Hauptvorwurf, der nach der Enthüllung der Mißwirthschaft bei einzelnen Zettelbanken gegen Crispi erhoben wurde, war, daß er zur Zeit seiner vorigen Ministerpräsidentschaft von jenen Zuständen Kenntniß gehabt, aber sie dem Lande verheimlicht habe. Zu seiner Rechtfertigung machte er von Anfang an geltend, daß er im Interesse des italienischen Kredits zunächst den Plan der Einheitsbank verwirklichen und dann erst gegen die ungetreuen Verwalter der Banca Romana und anderer Anstalten vorgehen wollte; sein unerwarteter Sturz habe seine Absicht durchkreuzt. In diesem Sinne hat sich Crispi gestern in der Kammer ausgesprochen und mit seiner Darlegung guten Eindruck erzielt. Ueber den Verlauf der Sitzung wird berichtet:

Rom, 21. Dezember. Die Kammer wiederholte heute die Abstimmung über den Zusatzantrag Rudinis zu dem Antrage Cavallottis. Der Zusatzantrag bezweckte, wie bereits gemeldet wurde, die Ausschließung aller vom Siebener-Ausschuß für das Geheimarchiv bestimmten, einen privaten Charakter tragenden Schriftstücke von der Veröffentlichung der Untersuchungsakten. Mit 151 gegen 140 Stimmen — zehn Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe — erhob die Kammer diesen Antrag zum Beschlusse. Das nach der gestrigen Haltung der Mehrheit unerwartete Abstimmungsergebniß rief große Erregung und unbändigen Zorn der Radikalen hervor. Es veranlaßte stürmische Auseinandersetzungen namentlich zwischen den Giolittianern einerseits und Nicotera und Cavallotti anderseits, wobei schwere Unterstellungen wegen der geheimen Beweggründe der plötzlichen Sinnesänderung der Giolittianer gemacht wurden. Crispi vertheidigte die im Jahre 1889 durch sein Kabinet beobachtete Haltung gegenüber den Bankmißständen, die er abzustellen gesucht habe, ohne durch Lärmmachen zahllose Interessen und den Landeskredit zu schädigen. Die Erklärung machte guten Eindruck.

Dänemark.

Der dänische Minister des Innern hat gestern ein Verbot gegen die Einfuhr von Kleie in gebrauchten Säcken aus Rußland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Frankreich erlassen. Das Verbot tritt mit dem 1. Januar 1894 in Kraft. Ausgenommen sind solche Kleiesendungen, die bis zum 1. Januar bereits unterwegs sind.

Kopenhagen, 21. Dezember. Vom 10. bis zum 16. Dezember sind in der Stadt Kopenhagen 1514 Erkrankungsfälle zur Anzeige gelangt, gegen 620 in der Vorwoche. In den Krankenhäusern für epidemische Krankheiten liegen 683 am Scharlachfieber Erkrankte.

Großbritannien und Irland.

Im englischen Unterhause erklärte der Premierminister Gladstone, die Regierung erkenne an, daß in dem Geschäftsgang des Hauses eine ernste Situation eingetreten, sie sei aber noch nicht in der Lage, Maßregeln anzukündigen. Die Regierung werde den weiteren Verlauf der Debatte abwarten, eventuell die erforderlichen Schritte vorschlagen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Premierminister Gladstone bezüglich der die Stellung des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha betreffenden Arrangements: der Herzog habe durch die Parlamentsakte von 1866 für seinen eigenen Gebrauch eine Jahresapanage von 15 000 Pfund Sterling erhalten. Im Jahre 1873 sei anläßlich der bevorstehenden Vermählung eine weitere Jahresapanage von 10 000 Pfund Sterling für den Gebrauch des Herzogs und der Herzogin durch Parlamentsakte gewährt worden. Beide Akte enthielten die Bestimmung, daß im Falle der Besteigung eines fremden Thrones die besagten Annuitäten vom Parlamente aufgehoben oder reduzirt werden könnten. Die Freiheit des Parlaments sei dadurch vollkommen gewahrt, und das Parlament könne thun, was es wolle; aber er wolle vorher mittheilen, was die Regierung gethan habe, nur müsse er erwähnen, daß 1873 ein Antrag gestellt worden sei, gegebenen Falles die völlige Aufhebung der Annuitäten eintreten zu lassen. Er habe damals als Vertreter der Regierung erklärt, daß die Thronbesteigung dem Herzoge nicht nothwendigerweise den Charakter eines britischen Prinzen entziehe oder seine britischen Verpflichtungen beseitige, und daß in einem solchen Falle die Annuität reduzirt, aber nicht aufgehoben werden solle. In dem gegenwärtigen Falle habe man die Erklärung vom Herzoge selbst, in welcher er auf die Annuität von 15 000 Pfund Sterling verzichte und die Mitgliedschaft des Geheimen Raths aufgebe. Gladstone führte weiter aus, es sei die Pflicht der Regierung gewesen, sich mit dem Herzog in Verbindung zu setzen, und dieser habe erklärt in erster Linie, er wünsche nicht, den Wünschen des Parlaments zu entsprechen, sondern — und das sei ein glücklicher Ausdruck — denselben zuvorzukommen, indem er selbst vorschlage, einen Theil (Ruf von radikaler Seite: Oh!) der Annuität aufzugeben. Als Grund für die Aufgabe eines Theiles habe der Herzog angegeben, daß er beabsichtige, einen Theil des Jahres regelmäßig in England zu verbringen und Clarence-House zu behalten. Der Herzog habe damit augenscheinlich gezeigt, daß er es für seine Pflicht erachte, seine häuslichen Beziehungen in England mit der erlauchten Familie der Königin aufrecht zu erhalten, und diejenigen Jahresausgaben zu machen, welche in der That britische Ausgaben seien. Die Regierung habe dies mit in Betracht gezogen und sei zu dem Schlusse gekommen, daß im Falle einer Aufgabe oder einer Verzichtleistung bezüglich der Annuität von 15 000 Pfund Sterling es recht und billig sei, dem Herzoge, als Mitglied der britischen Königsfamilie, während seiner Lebenszeit eine Annuität von 10 000 Pfund Sterling zu lassen. (Rufe der Radikalen: Oh! Beifall auf den Oppositionsbänken.) Dies bleibe eine Frage des weiteren Vorgehens. Um dies als freiwilligen Akt seitens des Herzogs zu kennzeichnen, sei eine Verzichtleistungs-Urkunde aufgesetzt worden, in welcher die Annuität von 15 000 Pfund Sterling annullirt werde. Der Herzog habe die Urkunde vollzogen und der Regierung übermittelt. Diese betrachte die Urkunde als Staatsdokument; kraft derselben könne jede Auszahlung verhindert werden. Mithin brauche das Parlament eine Reduktion nicht durch die vorgesehenen Mittel zu erzwingen. Weder für das Parlament noch das Volk Englands wäre es wünschenswerth, daß der Herzog seine engen Beziehungen zu der Königin und der königlichen Familie aufgebe, oder daß derselbe auf Kosten der Bevölkerung von Sachsen-Koburg und Gotha einen Aufenthalt in England bestreite. (Beifall.) Was die Befähigung des Herzogs zu Sitz und Stimme im Oberhause betreffe, so sei diese Frage ausschließlich vom Oberhause zu entscheiden, und was die Mitgliedschaft zum Geheimen Rath betreffe, so habe der Herzog die Königin aufgefordert, seinen Namen aus der Liste der Geheimen Räthe fortzulassen. Ob nöthig oder nicht, so sei es doch ein gerechtes und kluges Verfahren. (Beifall.) Labouchere fragt an, ob dem Hause Gelegenheit gegeben werde, seine Ansicht darüber auszusprechen und abzustimmen. (Ruf: Oh! Oh!) Gladstone erklärt, eine Debatte sei unthunlich. Auf eine Anfrage Dalziel's, ob der Herzog britischer Unterthan bleibe, erwiderte Gladstone, diese Frage sei an die Kronjuristen zu richten. Labouchere verlangt die Erlaubniß, die Vertagung des Hauses zu beantragen, um die Frage der Apanage von 10 000 Pfund Sterling zu erörtern. Die Erlaubniß wird mit 177 gegen 59 Stimmen verweigert.

Das Oberhaus vertagte sich gestern bis zum 12. Januar 1894.

London, 21. Dezember. Unterhaus. Im späteren Fortgang der Sitzung erklärte der Kanzler der Schatzkammer Harcourt: „In der Debatte über Hamiltons Antrag soll ich gesagt haben: die berufsmäßigen Rathgeber der Admiralität betrachten die vorhandenen Zustände hinsichtlich der Flotte als befriedigend, was eine weitere Deutung zuläßt, als ich zu geben beabsichtigte. Meine Absicht war, jene Erklärung auf die relative Stärke der verschiedenen Länder im gegenwärtigen Augenblick hinsichtlich der im gegenwärtigen Finanzjahre vollendeten Schlachtschiffe erster Klasse zu beschränken, da es sich nur um das jetzige Finanz-

jahr handelt, als ich von dem gegenwärtigen Zustande sprach. Ich hatte nicht die Absicht, in jenem Satze auf zukünftige Vorkehrungen oder irgend andere Angelegenheiten, als die von mir erwähnten, hinzuweisen." Beach fragt an, ob das Haus diese Erklärung dahin deuten solle, daß die berufsmäßigen Rathgeber der Admiralität hinsichtlich der Zukunft nicht befriedigt seien. (Beifall auf den Bänken der Opponisten.) Harcourt antwortet, darüber habe er keine Erklärung abgegeben und sei auch nicht ermächtigt, darüber überhaupt eine solche zu geben, er habe nur von dem gegenwärtigen Stand und von Schlachtschiffen erster Klasse gesprochen.

London, 19. Dezember. Hauptmann Egerton, der englische Marine-Attachee an den europäischen Höfen, ist, begleitet von Sir Alfred Sandison, vom Sultan in Audienz empfangen worden. Der Hauptmann drückte dem Sultan seinen Dank für die ihm bereitwilligst gewährte Erlaubniß, sämmtliche türkische Marinestationen und Schlachtschiffe besuchen zu dürfen, aus. Der Sultan richtete darauf an seinen Besucher die Frage: Was rathen Sie mir an, um meine Marine in guten Zustand zu versetzen? worauf ihm der Attachee in zwanzig Minuten die Bedürfnisse der türkischen Marine auseinandersetzte.

London, 21. Dezember. Sir Thomas Henderson wurde an Stelle des als Botschafter nach Konstantinopel gehenden Sir Philip Currie zum permanenten Sekretär des Auswärtigen Amtes ernannt.

London, 21. Dezember. Eine heute hier stattgehabte Versammlung von Besitzern griechischer Staatsschuldverschreibungen sandte ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Trikupis, in welchem ein entschiedener Protest gegen dessen Maßnahmen hinsichtlich der äußeren Schuld eingelegt und die Ernennung einer Kommission angekündigt wird, welche die Interessen der Obligationenbesitzer wahrnehmen soll.

Serbien.

Belgrad, 21. Dezember. Bei der heutigen Verhandlung in dem Prozeß gegen das frühere Ministerium Avakumowitsch war der Andrang des Publikums gering; es waren kaum hundert Personen anwesend. Die Angeklagten waren mit Ausnahme von Kundowitsch sämmtlich erschienen. Die Verhandlung wurde von dem Staatsrath Valimirowitsch eröffnet. Die Anklage lautet auf Verletzung der Verfassung und der Gesetze. Das seitens Avakumowitsch und Ribavac gestellte Verlangen, die Akten über die der heutigen Verhandlung vorausgegangene Thätigkeit des Staatsgerichtshofes zu verlesen, wurde in Folge eines Beschlusses des Gerichtshofes abgelehnt. Hierauf entspann sich zwischen dem Vorsitzenden, den Angeklagten und den Vertheidigern eine Diskussion über die Ausschließung zweier mit den Angeklagten verschwägerten Mitgliedern des Gerichtshofes. Der Vorsitzende erklärte, der Gerichtshof werde hierüber entscheiden. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt.

Skupschtina. Budgetdebatte. Stojan Novakowitsch bekämpfte die Richtigkeit der eingestellten Einnahmeziffern und erklärte, das Budget habe ein verstecktes Defizit von mehr als $4^1/_2$ Millionen Franks. Nach heftiger Debatte, in welcher der Finanzminister das Budget vertheidigt, wurde dasselbe im Allgemeinen angenommen. Die Spezialdebatte beginnt morgen.

Belgrad, 21. Dezember. In der Skupschtina griff heute Ranko Tajsitsch, der Führer der linksradikalen Gruppe, heftig die Finanzpolitik des Ministeriums an. Er verlangte die Bilanzirung des Budgets mit 55 Millionen.

Amerika.

Washington, 19. Dezember. Der Posten eines Botschafters in Rom wird nun endlich besetzt werden, da Senator Allen, gegen dessen schmutzige Wahlgeschichten allgemeine Entrüstung herrschte, auf seine bereits erfolgte Ernennung „freiwillig" verzichtete. Der Präsident hat nun den Pensylvanier Wayne Mac Veagh zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Italien ernannt.

Der Kreuzer „San Francisco", der in Trinidad angekommen ist, hat Befehl erhalten, nach Rio de Janeiro zu segeln.

Brasiliens Diktator Peixoto hat dem „Newy. Her." nachstehende Drahtmeldung gesandt, die den Privatberichten direkt widerspricht:

Rio de Janeiro, 19. Dezember. Die Regierung hat keine Schlappe erlitten. Die Rebellen haben versucht, die Insel Gobernador zu besetzen, es ist ihnen aber nicht geglückt. Die Lage der Rebellen verschlimmert sich. Das Manifest des Admirals de Gama hat einen schlimmen Eindruck gemacht. Die brasilianischen Staaten erklären, daß sie niemals in eine Wiederherstellung der Monarchie willigen, vielmehr den jetzigen Präsidenten unterstützen werden.

Buenos-Ayres, 21. Dezember. Der Konflikt zwischen Ecuador und Peru ist beigelegt.

Die brasilianischen Aufständisch.n haben sich Sanborjas in der Provinz Rio Grande bemächtigt. Die Belagerung von Bagé wird fortgesetzt. Der brasilianische Kreuzer „Nictheroy" befindet sich noch in Pernambuco.

Afrika.

Die Verhandlungen mit Frankreich über die Ostgrenze des Hinterlandes von Kamerun, dessen Nordwestgrenze durch den Vertrag mit England nunmehr festgelegt ist, lenken die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf jene von Barth, Rohlfs, Nachtigall, Vogel und Beurmann durchforschten Gebiete, von denen das Gebiet des Schari jetzt von Deutschland und Frankreich beansprucht wird. Ueber Adamaua und die anderen Reiche, die zweifellos in unser Interessengebiet fallen, wenn sich auch Frankreich sträubt, das anzuerkennen, giebt das vortreffliche, im Sommer d. J. erschienene Buch des Hauptmanns Morgen: „Durch Kamerun von Süd nach Nord" (Leipzig, F. A. Brockhaus) eingehende Auskunft. Dieses nähere Hinterland von Kamerun ist nach dem Zeugniß des Hauptmanns Morgen ein für deutschen Unternehmungsgeist vielversprechendes Gebiet sowohl hinsichtlich des Plantagenbaues als auch des Handels. Morgen hebt als besonders werthvoll hervor, daß das weite Gebiet fieberfrei ist, was man bekanntlich von Deutsch-Ostafrika nicht sagen kann. Für die Richtigkeit dieser Thatsache liefert den Beweis der Vorstand der von Morgen gegründeten Jaunde-Station, Her Zenker aus Leipzig, der nun schon seit mehreren Jahren auf seinem entlegenen Posten ohne Urlaub ausharrt und sich sehr wohl befindet. Als eine Nachwirkung der in dem Werke „Durch Kamerun von Süd nach Nord" gegebenen Anregungen darf wohl auch die Gründung der Kamerun-Hinterland-Gesellschaft betrachtet werden.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 22. Dezember. Eine fünfzigjährige Frau, die 30 Jahre, also mehr als die Hälfte ihres Lebens, in Strafanstalten zugebracht hat, erschien heute in der Person der unverehelichten „Arbeiterin" Auguste Wietzel, genannt Baumgart, vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts, um sich wegen Betruges im wiederholten Rückfall und versuchten Betruges zu verantworten. Am 16. August d. Js. hatte die Angeklagte die letzte ihr wegen Betruges zuerkannte Strafe verbüßt und sofort begann sie von Neuem ihre Schwindeleien. Durch irgend welchen Zufall hatte sie den Namen einer Gemeindeschwester erfahren und diesen an sich geringfügigen Umstand wußte sie auf das geschickteste zu benutzen, indem sie in zahlreichen hochgestellten und als wohlthätig bekannten Familien unserer Stadt vorsprach und erzählte, sie sei soeben aus dem Krankenhause entlassen und von besagter Schwester an die betreffende Familie gewiesen worden. Dies war jedoch nur eines der von der Angeklagten angewandten Mittel, in anderen Fällen klagte sie, ihr Mann sei gestorben und sie besitze kein Laken für die Leiche. Auch gab sie vor, nothleidende Kinder zu besitzen und endlich sprach sie auch um Arbeit an, worauf ihr in mehreren Fällen Strümpfe zum Anstricken nebst dem zur Anschaffung der Wolle nöthigen Gelde gegeben wurden, erstere warf sie fort und das Geld ging den gleichen Weg wie alle übrigen erschwindelten Beträge. Die Beweisaufnahme gestaltete sich, da die Angeklagte fast alles einräumte, sehr einfach, und erkannte das Gericht auf 2 Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe event. noch 40 Tage Zuchthaus.

Der Provisionsreisende Willy Ruchholz, welcher mehrere hiesige Maschinenfabriken vertrat, fälschte im Sommer d. J. zwei Schlußscheine über Verkäufe von Maschinen und erhob auf Grund dieser Urkunden Provisionen von 14 und 8,50 Mark. Ferner erschwindelte er für den angeblichen Verkauf eines Göpelwerkes einen Provisionsvorschuß von 10 Mark. Zwei weitere Ansuchen ähnlicher Art wurden von den betreffenden Firmen nicht berücksichtigt. R. gab den Thatbestand der Anklage im Wesentlichen zu und verurtheilte ihn das Gericht wegen Urkundenfälschung und versuchten Betruges in zwei Fällen und eines vollendeten Betruges zu einem Jahre Gefängniß.

* Einer Arbeiterfrau aus Grabow wurde am Mittwoch Abend in der Breitenstraße das Portemonnaie gestohlen.

— Am 1. Festtage werden im Konzertsaal Bellevue die volksthümlichen Konzerte der 8 Wienerinnen unter Leitung des Herrn Gothov-Grünecke wieder aufgenommen werden und können wir den Besuch derselben allen Denen empfehlen, welche sich durch lustigen Gesang die Grillen vertreiben lassen wollen.

— Einem alten Brauche folgend, wird der Stettiner Handwerker-Verein auch in diesem Jahre am zweiten Weihnachtsfeiertage eine Matinee veranstalten, dieselbe findet im großen Saale des Konzerthauses statt und bietet ein ebenso interessantes, wie umfangreiches Programm, an dessen Ausführung sich neben dem Sängerchor des Vereins unter Leitung des Herrn Hart die verstärkte Kapelle des Pionier-Bataillons unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Bluhm betheiligt. Der Zutritt ist auch Nichtmitgliedern gestattet.

— Mit Rücksicht auf die erhebliche Zahl von Fällen, in welchen alljährlich Brände auf die Unvorsichtigkeit von Kindern zurückzuführen sind, haben das preußische Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten durch Erlaß vom 1. Juni 1891, bezw. Provinzialschulkollegien durch Zirkularverfügung vom 12. Juni angeordnet, daß in den Schulen eine Anzahl von Lesestücken eingehend behandelt werden soll, welche die Jugend über die Gefährlichkeit des Spielens und fahrlässigen Umgehens mit Streichhölzern, Feuer und Licht belehren. Diese Lesestücke sind nach der Fassungskraft der einzelnen Altersstufen ausgewählt und müssen in die zur Einführung gelangenden Lesebücher, bezw. in die neu zu veranstaltenden Auflagen bereits in Gebrauch befindlicher Lesebücher aufgenommen werden. Leider hat dieser aller Orten mit Zustimmung aufgenommene Erlaß noch nicht die gewünschte Wirkung gehabt. Wenigstens entnehmen wir dem Rechnungsabschlusse der Kalenberg-Grubenhagen'schen Brandkasse für das Jahr 1892, daß dieselbe an Entschädigung für Brände, welche durch das leidige Spielen von Kindern mit Feuer und insbesondere mit Zündhölzern veranlaßt sind, die enorm hohe Summe von 300 000 Mark gegen 90 000 Mark im Jahre 1891 hat zahlen müssen. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen, ob es denn kein Mittel zur Beseitigung dieser Art von Landeskalamität gebe, die nicht allein den Verlust von so und so viel Hab und Gut, sondern auch von Menschenleben alljährlich im Gefolge hat.

Kunst und Literatur.

Von Kalendern für 1894 liegen uns vor:

Der Lahrer Hinkende Bote, der seit 1801 allen Deutschen durch seine kleinen vaterländischen Erzählungen bekannt ist. Preis 50 Pf.

Der Glücksbote für Stadt und Land für 1894. Mit Chromobild und Wandkalender. Preis 50 Pf. Leipzig, Verlag von Gustav Weigel. In Quart. Ein hübscher und reichhaltiger Kalender.

Der Protestant. Evangelischer Volkskalender für das Jahr 1894. Herausgegeben im Auftrage des Protestantenvereins von C. Werckshagen. Berlin, Verlag von A. Haack (NW., Dorotheenstraße 55). Preis 50 Pf.

Ein Kalender, der uns deutsche Männer voll evangelischen Geistes vorführt.

Der Kneipp-Kalender. Kempten bei Jos. Kösel. Preis 50 Pf. Das Buch empfiehlt die Kneippschen Kuren, welche wie alle Wasserkuren für viele Menschen, welche sich verweichlicht haben, sehr heilsam sein können, wenn sie mit viel Bewegung im Freien verbunden sind. [344—347]

Im Verlage der J. G. Cottaschen Buchhandlung zu Stuttgart erscheinen die rühmlich bekannten „**Berthold Auerbach-Schriften**" in 72 Heften à 25 Pf. Erschienen sind bereits die Hälfte der Hefte, 36 Lieferungen, enthaltend: „Auf der Höhe", „Das Landhaus am Rhein" und den Anfang der „Schwarzwälder Dorfgeschichten". Wir machen zum bevorstehenden Feste darauf aufmerksam.

Aus den Provinzen.

♂ **Bütow**, 21. Dezember. Der Kreis Bütow hat im Rechnungsjahre 1893—94 im Ganzen 18 893,11 Mark an Kreisabgaben aufzubringen. Davon dienen 5959,15 Mark zur Deckung der Kreiskommunalbedürfnisse, 9379,50 Mark zur Deckung der Chausseeunterhaltungskosten und 3554 Mark zur Deckung der Provinzialabgaben. Zur Erhebung kommen bei der Stadt Bütow und dem platten Lande 50,16 Prozent der Einkommen- und Gemeindesteuer, 25,08 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer und 12,54 Prozent der Gewerbesteuer und beim Fiskus 50,16 Prozent der fingirten Grund- und Gebäudesteuer.

Vermischte Nachrichten.

— „Wie sich die Zeiten ändern!" ruft der in Austin (Texas) erscheinende „Texas Vorwärts" aus und erzählt dann weiter: Lesen wir da in der hiesigen englischen Morgenzeitung den Wortlaut einer bei Gericht eingereichten Schadenersatzklage von blos 25 000 Dollars, weil der Beklagte über den Kläger zu verschiedenen Personen gesagt haben soll, daß er, der Kläger, ein Dieb und ein Schwindler sei. Der Kläger ist Herr C. E. Anderson, der jetzige Alderman der zweiten Ward, und der Verklagte Herr J. M. Day, ein Mann, der die 25 000 Dollars hat, wenn es zum Bezahlen kommen sollte. Außerdem hat Herr Anderson aber auch Herrn A. Schustermann für eine gleiche Summe verklagt, weil dieser die Aussagen des Herrn Day weiter verbreitet haben soll. Herr Schustermann hat aber unseres Wissens die 25 000 Dollars nicht, und was da das Klagen nützen soll, ist uns, um mit der „Freien Presse für Texas" zu sprechen, „rein unerfindlich". Vor 40 Jahren hätte man eher erleben können, daß der Mond auf die Erde fällt, als eine solche Klageschrift eingereicht und gar in der Zeitung veröffentlicht zu sehen. Erstens besaß kein Mensch in ganz Austin eine solche enorme Summe Geldes, wie 25 000 Dollars und gar 50 000 Dollars. So viel baares Geld war in der ganzen Stadt Austin, Travis, County und die umliegenden Ortschaften mit eingeschlossen, gar nicht aufzutreiben, selbst wenn der letzte Strumpf ausgeleert wäre. Das Geld war so selten, daß selbst der Eintritt zu einem Weihnachtsball und Abendessen auf dem Lande für einen Herrn nebst Dame auf eine Kuh mit Kalb festgesetzt war, und der Fiedler, der auch die Touren auszurufen hatte, seine Kühe mit Kälbern als Bezahlung am nächsten Tage nach Hause trieb. Aber vor 40 Jahren hätte auch kein geistig gesunder Mensch einen anderen einen Dieb oder Schwindler genannt, ausgenommen, daß es in seiner Absicht lag, einen Kampf auf Leben und Tod herbeizuführen, und kein Mensch, der, gleichviel ob gerechter oder ungerechter Weise, so genannt wurde, hätte mit solcher Sache zu Gericht gehen dürfen. Er war durch die öffentliche Meinung, durch den Geist der Zeit und die Landessitte gezwungen, zu irgend etwas zu greifen. Oft fing es mit der „Cowhide", der von Rohhaut gedrehten und getrockneten Reitgerte, an, und endete natürlich mit Pulver und Blei, oder dem Bowie-Messer. Sehr, sehr selten fielen vor 40 Jahren in Austin und Texas überhaupt entehrende Schimpfnamen zwischen weißen Männern. Es bestand damals noch gar kein Gesetz, welches den Gebrauch eines Schimpfnamens bestrafte. Das besorgte Jeder selbst! Ja, die Zeiten haben sich geändert!

— (Pfefferkuchenpoesie.) Die Pfefferkuchen-Bäcker bedienen sich, schreibt das „B. T.", in neuerer Zeit auch der mehr künstlerisch ausgeführten Chromobilder, die aber auch erst durch aufgeklebte Goldeinfassungen und Sprüche dem geltenden Geschmack angepaßt werden müssen. Auch das beste Oeldruckbild würde ohne diese Beigaben auf die meisten Kunden des Pfefferkuchenmarktes keinen Eindruck machen. Will der Pfefferküchler ein besonderes Prachtstück herstellen, so fügt er den verschiedenen Zierstücken — Bildern, bunten Glanzpapieren, goldenen Einfassungen — noch eine Verzierung von gefärbten Federn, bunten Seidenbändern und aus Seide gepreßten Blumen bei. Das Seidenband namentlich spielt eine große Rolle. Es wird besonders zur Herstellung der Henkelchen benutzt, die an den schön verzierten Herzen angebracht werden, von denen der Käufer und Geber wünscht, daß ihnen eine längere Dauer beschieden sein möge. Es ist der schönste Traum eines ländlichen Seladon, daß die Geliebte das ihr verehrte Herz vermittelst dieses seidenen Henkelchens an der Wand ihres Kämmerleins aufhänge, damit sie es recht oft vor Augen hat und den darauf enthaltenen Spruch auf sich einwirken lassen kann:

„So wahr ich ein ehrlicher Kuhknecht bin,
Ich liebe Sie mit edlem Sinn."

Die Sprüche sind eigentlich die Hauptsache bei dem Pfefferkuchenschmuck, und um ihretwillen wird in den meisten Fällen — wenigstens von dem ländlichen Publikum — das wohlschmeckende Gebäck gekauft. Es ist ein Irrthum, wenn man annimmt, daß immer für neue Verse gesorgt werden müsse. Die Proben der Pfefferkuchenpoesie, die alljährlich zur Weihnachtszeit von den Zeitungen mitgetheilt werden und sich auf aktuelle Ereignisse beziehen, sind von findigen Pfefferküchlern in Zuckerguß gedichtet und so ziemlich das Ganze, was die „Saison" an neuen Schöpfungen gebracht hat. Die Pfefferkuchenkundschaft ist vorwiegend konservativ und begnügt sich mit den alten, erprobten Sprüchen, die sich bei den Spezialisten der Pfefferkuchen-Konfektion von dem Vater auf den Sohn vererbt haben. Für die ländliche Kundschaft ist das von Werth, denn sie weiß in dieser Literatur Bescheid und kann darnach ihre Maßnahmen treffen. Des Hofbauers wackerer Knecht empfindet für die Großmagd zärtliche Gefühle, und um ihr dies kund zu thun, schenkt er ihr ein Herz mit der Aufschrift:

„Was kann ich mir wohl Süß'res denken,
Als wenn Sie mir Ihre Liebe schenken."

Die Großmagd ist spröde und erwidert auf dem Wege der Pfefferkuchen-Korrespondenz:

„Unmöglich kann ich Dich jetzt lieben,
Erst muß ich mich bei And'ren üben."

Darauf der ergrimmte Knecht:

„Ich wünsche Dir 'nen Mann, der ohne Faxen
Dem siebenjähr'gen Krieg der Ehe ist gewachsen."

Endlich wird die Großmagd mürbe, und sie schenkt dem zwar beleidigten, aber noch immer werbenden Knecht auf dem Jahrmarkt einen Pfefferkuchen mit dem Spruch:

„Soll ich Dir ein Küßchen schenken,
Mußt Du Dich ganz zu mir lenken."

Jetzt ist der Knecht spröde, und er erwidert:

„Was nützt mir denn ein sanfter Kuß,
Um den ich Sie erst bitten muß?"

Schließlich aber renkt sich doch Alles ein und der ländliche Roman klingt in den herrlichen Versen aus, die auf dem prächtigen Pfefferkuchenherz stehen, das der erhörte Liebhaber seiner Maid unter den Weihnachtsbaum legt:

„Liebe führt durch Dick und Dünn
Endlich doch zum Küster hin."

So vermittelt die Pfefferkuchenpoesie den Austausch zärtlicher Gefühle, und wenn es nach Jean Paul auch schwer ist, der Geliebten einen Pfefferkuchen zu schenken, „weil man ihn oft kurz vor der Schenkung selber verzehrt", so ist es doch sicher, daß durch solche Schenkungen schon zahlreiche Ehen gestiftet worden sind.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Dezember.

Wetter: Schön. **Temperatur** + 3 **Grad Reaumur.** Nachts leichter Frost. **Barometer** 765 **Millimeter.** — **Wind**: SW.

Weizen geschäftslos, per 1000 Kilogramm loko 133,00—138,00, per Dezember 139,50 nom., per April-Mai 146,00 B. u. G.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 117,00—121,00 bez., per Dezember 122,50 nom., per Dezember 122,50 nom., per April-Mai 128,00 G., 128,50 B.

Gerste per 1000 Kilogramm loko 138,00 bis 160,00.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 140,00 bis 148,00.

Rüb l ohne Handel.

Spiritus unverändert, per 100 Liter à 100 Prozent 70er loko 30 bez., per Dezember 70er 29,6 nom., per April-Mai 70er 31,7 B. u. G., per Mai-Juni 70er 32 B. u. G.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 139,50, Roggen 122,50, 70er Spiritus 29,6.

Angemeldet: Nichts.

Paris, 21. Dezember. Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours v. 20.
3% amortisirb. Rente	98,90	98,90
3% Rente	98,50	98,37½
Italienische 5% Rente	81 65	82,37½
3% ungar. Goldrente	95,75	95,81
III. Orient	69,10	68,95
4% Russen de 1889	99,70	99,80
4% unifiz. Egypter	101,90	102,00
4% Spanier äußere Anleihe	63,25	62,87
Convert. Türken	22,82½	22,82½
Türkische Loose	93,00	93,00
4% privil. Türk.-Obligationen	465,00	465,00
Franzosen	640,00	—,—
Lombarden	235,00	—,—
Banque ottomane	603,00	603,00
„ de Paris	645,00	645,00
„ d'escompte	58,00	57,00
Credit foncier	1057,00	1057,00
„ mobilier	—,—	—,—
Meridional-Aktien	545,00	547,00
Rio Tinto-Aktien	376,80	374,30
Suezkanal-Aktien	2720,00	2722,00
Credit Lyonnais	765,00	771,00
B. de France	4150,00	4150,00
Tabacs Ottom.	408,00	408,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122,37
Wechsel auf London kurz	25,17½	25,16½
Cheque auf London	25,19½	25,18½
Wechsel Amsterdam k.	207,00	207,00
„ Wien k.	199,75	199,62
„ Madrid k.	406,75	403,00
Comptoir d'Escompte, neue	—,—	—,—
Robinson-Aktien	115,62	—,—
Portugiesen	19,87½	19,81
3% Russen	83,70	83,75
Privatdiskont	—,—	—,—

Posen, 21. Dezember. **Spiritus** loko ohne Faß 50er —,—, do. 70er —,—. Geschäftslos. — Wetter: Schön.

Bremen, 21. Dezember. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 4,€0. — Baumwolle ruhig.

Hamburg, 21. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 82,75, per März 81,50, per Mai 79,50, per September 76,75. Behauptet.

Hamburg, 21. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Dezember 12,55, per März 12,75, per Mai 12,85, per September 12,92½. Fest.

Wien, 21. Dezember. **Getreidemarkt.** Weizen per Frühjahr 7,64 G., 7,66 B. Roggen per Frühjahr 6,37 G., 6,39 B. Mais per Mai-Juni 5,37 G., 5,39 B. Hafer per Frühjahr 6,94 G., 6,96 B.

Pest, 21. Dezember, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 7,45 G., 7,47 B., per Herbst 7,67 G., 7,68 B. Hafer per Frühjahr 6,73 G., 6,75 B. Mais per Mai-Juni (1894) 5,00 G., 5,02 B. — Wetter: Milde.

Amsterdam, 21. Dezember. Bancazinn 47,00.

Amsterdam, 21. Dezember. Java-Kaffee good ordinary 52,00.

Amsterdam, 21. Dezember, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen per Dezember —,—, per März 156,00, per Mai 157,00. — Roggen per Dezember —,—, per März 112,00, per Mai 112,00. — Rüböl per Dezember —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 21. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12,00 bez., 12,12 B., per Dezember 12,00 B., per Januar 12,12 B., per Januar-März 12,12 B. Höher.

Antwerpen, 21. Dezember. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste ruhig.

Paris, 21. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Dezember 20,60, per Januar 20,60, per Januar-April 20,90, per März-Juni 21,20. — Roggen beh., per Dezember 15,00, per März-Juni 15,10. — Mehl ruhig, per Dezember 43,90, per Januar 43,70, per Januar-April 43,90, per März-Juni 44,40. — Rüböl ruhig, per Dezember 53,00, per Januar 53,25, per Januar-April 53,75, per März-Juni 54,00. — Spiritus träge, per Dezember 35,00, per Januar 35,25, Januar-April 35,75, per Mai-August 36,75. — Wetter: Milde.

Paris, 21. Dezember, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 34,50 bis 34,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 37,00, per Januar 37,00, per Januar-April 37,12½, per März-Juni 37,37½.

London, 21. Dezember. 96 prozent. Javazucker loko 15,50, ruhig. — Rübenrohzucker loko 12,50, fest. — Centrifugal Cuba —,—.

London, 21. Dezember. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Heiter.

London, 21. Dezember. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 43 Lstr. 5 Sh. — d. Zinn (Straits) 75 Lstr. 12 Sh. 6 d. Zink 16 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 9 Lstr. 15 Sh. — d. — Roheisen. Mixed numbers warrants 43 Sh. 8 d.

London, 21. Dezember. Chili-Kupfer 43,12, per drei Monat 43,62.

Glasgow, 21. Dezember, Nachmittags. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 11 d.

Newyork, 21. Dezember. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per Dezember —,—. Weizen per Mai 71,75.

Wasserstand.

Stettin, 22. Dezember. Im Revier 17 Fuß 0 Zoll = 5,35 Meter.

Bankwesen.

Paris, 21. Dezember. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 713 269 000, Zunahme 2 227 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 268 652 000, Abnahme 2 563 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialien Franks 550 213 000, Zunahme 7 708 000.
Notenumlauf Franks 3 437 161 000, Abnahme 10 756 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 386 352 000, Zunahme 550 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 153 891 000, Zunahme 30 337 000.
Gesammt-Vorschüsse Franks 293 827 000, Abnahme 1 356 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 9 906 000, Zunahme 316 000.
Verhältniß des Baarvorraths zum Noten-Umlauf 86,75 Prozent.

London, 21. Dezember. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 16 150 000, Abnahme 1 041 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 25 302 000, Zunahme 191 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 25 001 000, Abnahme 851 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 24 865 000, Zunahme 982 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 27 702 000, Abnahme 683 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 4 324 000, Zunahme 421 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 14 289 000, Abnahme 808 000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 8 888 000, Abnahme 200 000.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 50¼ gegen 53 in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 143 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 6 Million.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 22. Dezember. Nach der „Pol. Korr." weigert sich England, durch neue Gesetze über Einschränkung der Presse und Redefreiheit, sowie durch Ausweisung von Ausländern den Anarchismus einzuschränken; vielmehr will es dem Letzteren durch die bestehenden Gesetze begegnen. Dagegen will man, falls von auswärtigen Regierungen das Ansuchen gestellt werden sollte, berüchtigte Anarchisten zu überwachen, demselben willfahren.

Prag, 22. Dezember. Ein entlassener Walzwerkarbeiter feuerte gegen zwei Beamte des Kladnoer Walzwerkes mehrere Revolverschüsse ab. Beide Beamte sind verwundet worden und der Thäter verhaftet.

Graz, 22. Dezember. Bei der Bauunternehmung Cecconi am Sankt Annaberg bei Rudolfswörth wurden zwei Werkzeugkasten erbrochen und 15 Kilogramm Dynamit gestohlen.

Antwerpen, 22. Dezember. Mehrere hiesige große Diamantenhändler sind das Opfer eines russischen Betrügers geworden, welcher ihnen für 200 000 Frs. Edelsteine abschwindelte und damit verschwand. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Gent, 22. Dezember. Eine Feuersbrunst zerstörte gestern in Zele 24 Häuser; ein Mann, welcher sein Kind retten wollte, fand in den Flammen den Tod.

Paris, 22. Dezember. Wie „Debats" melden, hat Vaillant bisher noch keinen Mitschuldigen verrathen.

In dem Prozesse, welcher gestern vor dem Assisenhofe gegen den Kutscher More geführt wurde, sagte derselbe aus, daß er den Abgeordneten Lockroy habe tödten wollen, um die Kutscher von einem Feinde zu befreien. Uebrigens finde man Sozialisten wie Lockroy zu Dutzenden. Die Antworten More's lassen auf Geistesgestörtheit schließen.

Die Familie Rothschild vertheilte 20 000 Franks baar und für 40 000 Franks Brodkarten an die Armen von Paris.

Paris, 22. Dezember. „Autorité" schreibt, daß für die Heilung der Wunden, welche Vaillant an den Beinen davongetragen, keine Aussicht vorhanden sei. Als eine traurige Thatsache stellt es „Autorité" dar, daß Vaillant seit seiner Verhaftung 300 Franks allein in Briefmarken aus allen Theilen Frankreichs erhalten habe. Es stellt sich jetzt heraus, daß Vaillant während seines Aufenthaltes in Buenos-Ayres unter dem Titel: „La Liberté" ein anarchistisches Blatt herausgegeben hat, welches Angriffe auf die Bourgeois und gegen die französische Kolonie in Argentinien richtete. Die Behörde sammelt alle diese Blätter.